



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich sonntags. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verfallungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Zum VIII. Verbandstage in Hamburg.

Nachdem nunmehr die Möglichkeit besteht, den VIII. ordentlichen Verbandstag einzuberufen, der ja eigentlich schon 1923 tagen mußte, sollte man annehmen, daß eine allgemeine Betrachtung der eingehenden Anträge oder Wünsche und Anregungen in der „Solidarität“ erscheinen würde. Leider merkt man wenig davon, trotzdem es dringend notwendig wäre und im Interesse der Delegierten liegt. Es hat vielleicht nur dieses Anstößes bedurft, um die Zungen unserer Delegierten schon vorher zu lösen, die als die Berufsten der Mitgliedschaft auserwählt worden sind, für weitere drei Jahre Bestimmungen des Statuts, insbesondere die Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen, festzulegen sowie über die weiteren Lohn- und Tarifbewegungen Beratungen zu pflegen.

In Nr. 14 und 15 der „Solidarität“ hat sich anscheinend der Redakteur (die beiden Artikel sind nicht unterzeichnet) mit den Anträgen des Hauptvorstandes befaßt. Es wurde auf den Aufbau unserer Organisation hingewiesen, sowie auf die Notwendigkeit der Wiedereinführung unserer Unterstützungen, insbesondere der Krankenunterstützung. Daß diese die Agitation erleichtert und die Mitglieder an die Organisation fesselt, bedarf wohl kaum einer weiteren Begründung, denn nicht weniger als 25 Zahlstellen und die Gauen II und IX haben hierzu Anträge gestellt. Somit wäre wohl der Zweifel, „ob diese Gründe stichhaltig sind“, gefallen. Allerdings kommt dann gleich der Pferdefuß hinterher, daß mit Einführung der Krankenunterstützung eine nähere Erhöhung der Beiträge nicht zu vermeiden sei. Hierzu werden sich die Delegierten erst äußern können, wenn unter Hauptreferenten sein Material vorlesen wird, dahingehende Anträge sind ja bereits von Breslau, München, Nürnberg, Düsseldorf und Gau IX auf Höchstbeitrag von 1 Mt., von Magdeburg auf 1,20 Mt. gestellt worden, während der Verbandsvorstand 1,10 Mt. als Höchstgrenze vorschlägt.

Daß ein sogenannter Kampffonds eine unerlässliche Bedingung einer Organisation ist, ist richtig und mit Recht wird auf die früheren Ereignisse hingewiesen. Wer die Aussperrungen 1906 und 1911 im Gedächtnis hat, wird dieses ohne weiteres zugeben müssen, und so werden sich die Delegierten berechnen und notwendigen Begründungen nicht verschließen können. Das beweist ja auch die Tagung einer Konferenz in Dresden im September vorigen Jahres.

Im 2. Aufsatz des Artikels, „Anträge des Verbandsvorstandes“ werden ja die Zusammenfassung des Hauptvorstandes und des Beirates einer Kritik unterzogen; es würde wohl zu weit führen, auch hierüber meine Meinung zu äußern. Da ich als Kassenmensch leider auch zu denen gehöre, „alles, was mit Geld und Geldeswert zusammenhängt“, in den Vordergrund zu stellen, so halte ich es für notwendig, mich noch weiterhin über Beiträge, Unterstützungen und verbandstechnische Einrichtungen auszusprechen und einige Streifzüge durch die eingegangenen Anträge zu unternehmen.

Im besonderen möchte ich zunächst auf den Antrag Leipzig zum § 18 des Statuts hinweisen, der zu Ziffer 4 einen Zusatz bringt: „Zwei Tage vor dem Stattfinden des Verbandstages ist eine Statutenberatungskommission einzusetzen, um den Delegierten die Möglichkeit zu geben, reiflich an der Tagung teilzunehmen.“ Dieser Antrag ist durchaus nicht neu, schon bei früheren Tagungen hat er zur Beratung gestanden. Zuletzt in Frankfurt hatte sich die Zahlstelle Dresden diesen Antrag zu eigen gemacht, der besagte, daß eine siebengliedrige Statutenberatungskommission diese Arbeiten vor dem Stattfinden des Verbandstages aufnimmt und daß der Verbandsvorstand die Kommissionsmitglieder aus den Reihen der Delegierten namhaft macht. Außerdem sollte der Verbandsvorstand und Ausschuß durch je eine Person vertreten sein.

Leider wurde dieser Antrag abgelehnt mit der Begründung, daß es notwendig sei, zunächst über die Anträge auf Veränderung des Statuts im Plenum zu reden, worauf dann die Kommission in die Beratung eintreten könne. Ihre Mitglieder müssen die Meinung der verschiedenen Vertreter unserer Zahlstelle kennengelernt haben. Aber nun des öfteren an diesen Tagungen teilgenommen hat, weiß, daß die Statutenberatung infolge der Arbeiten in der Kommission gerät am 4. oder 5. Verbandstag zur Abstimmung gelangt und infolge der beschränkten Zeit dann äußerst schnell erledigt werden muß. Es ist ja natürlich, daß dabei nicht nochmals alle Begründungen der einzelnen Zahlstellen vorgebracht werden können, aber ist es denn nicht notwendig, daß verbandstechnische Angelegenheiten in der Vorbereitung gewürdigt werden, die auch zum größten Teil eine Arbeitsreferierung der Zahlstellenaktiver und ebenfalls der Hauptreferenten mit sich bringen würde? Hat doch selbst der Verbandsvorstand unter § 17 Ziffer 9 einen entsprechenden Antrag gebracht, zu dem ja auch Dresden Wünsche geäußert hat, außerdem auch Königsberg, dessen Wortlaut mir

allerdings nicht verständlich ist, da der Verbandsvorstand diesem Verlangen bereits schon immer nachkommt. Ebenfalls hatte der Kollege Behrendt-Gau Thüringen bemerksenswerte Hinweise auf die Anlegung von Ortsvermögen gemacht, die unbedingt unter der Aufsicht der jeweiligen Gauleiter sichergestellt werden müßten.

Wer die Quittungen über die Quartalsabrechnungen in unserer „Solidarität“ aufmerksam verfolgt, wird finden, daß die Abrechnungen sehr verschieden eingehen. Nach meiner Aufstellung haben das 1. Quartal 1925 bis zum 16. Mai 7 Gauen und selbständige Zahlstellen abgerechnet, während noch 8 Gauen ausstehen. Auch in diesem Falle würde sich eine Aussprache über die Gründe dieser verschiedenen Termine der Abrechnungen im Interesse und zur Erleichterung des Hauptreferenten notwendig machen. Und so wird eine Aussprache über die ganze Arbeitsweise und Handhabung der Verbandsgeschäfte von großem Nutzen sein und Anregungen werden gegeben werden, die in mündlicher Aussprache dem Verbandsvorstand besser dargestellt werden können, als in vielseltigen Briefen, deren eingehende Beantwortung dem Kollegen Sobah! manchmal gar nicht möglich ist. Er wird infolge der Mitgliederzunahme wohl genügend in Anspruch genommen sein, auch sind ihm die örtlichen Verhältnisse der einzelnen Zahlstellen nicht genug bekannt. Es ist ja schließlich nicht jedermanns Sache, eine Angelegenheit aufzugreifen, die nicht nur einmal eine Ablehnung gefunden hat. Da ich aber die Lieberzeugung habe, daß eine Notwendigkeit vorhanden ist, und ich mich zugleich auf das Einverständnis einzelner Zahlstellen stützen kann, so habe ich nochmals gewagt, diese Angelegenheit der Mitgliedschaft zu unterbreiten, und es würde mich freuen, hierüber die Meinung anderer Zahlstellen zu hören. Außerdem bitte ich in den Nummern 25 und 27, Jahrgang 1920, meine Anregungen nachzulesen. Die dortigen Hinweise sind auch für die bevorstehende Tagung zu verwerten.

Für die Delegierten, die in den nächsten Tagen ihr Mandat seitens der Mitgliedschaft erhalten, wird es nicht leicht sein, sich so eingehend in die Anträge zu vertiefen, die vielleicht für viele Neuhand sind. Die vergangene Infektion hat, uns vor Notwendigkeiten gestellt, die es gar nicht zuließen, in diesen Zeiten das Statut den Verhältnissen anzupassen. In vielen Fällen konnte das Statut nicht als oberstes Gesetz gelten und damit nicht die notwendige Beachtung finden.

Der Verbandsbeitrag, der wichtigste Faktor zum Aufbau und zur Erhaltung unserer Organisation, hat 13 Zahlstellen und Gauen Veranlassung zu Anträgen gegeben. Die Beiträge werden zunächst vom Verbandsvorstand in 7 Klassen eingeteilt. Auch hierüber gehen die Meinungen weit auseinander. Magdeburg schlägt 9 Klassen vor, während Hamburg sich mit 4 begnügt und Düsseldorf gar nur mit 3. Zunächst zur Gruppierung der Beitragsklassen einige Worte. Der Verbandsvorstand teilt die Beiträge in 7 Klassen, ohne dabei den Verdienst der einzelnen Klassen hinzuzaufügen. Dafür sehen Breslau, Magdeburg, München, Nürnberg diese hinzu mit Verdiensten von 10-40 Mt. Düsseldorf, Leipzig, Gau II und IX, setzen statt dessen die Gruppen mit den Altersstufen davor, was ich jedenfalls für viel richtiger halte. Denn dadurch ist eine viel genauere Kontrolle vorhanden, ob die Beiträge auch richtig gezahlt werden. Man braucht dann nicht nach dem Verdienst zu fragen, sondern einfach erklären: Kollege, du bist Angehöriger, du hast also den und den Beitrag zu leisten. Ganz besonders trifft dieses bei Büchertrollen zu; die Mitglieder können sofort bezeichnet und gemahnt werden, wenn der geleistete Beitrag nicht der richtige ist. Einer besonderen Beachtung wert halte ich die Festsetzung des niedrigsten Beitrages für Mitglieder im Alter von 14-16 Jahren. Hier sind nur Beiträge von 20-50 Pf. aufgestellt worden. Nun möchte ich dabei doch zu bedenken geben, ob es möglich sein wird, diese Mitglieder der Organisation zuzuführen, wenn sie bei einem Verdienst von 6-10 Mt., wo von leider noch in den allermeisten Fällen die Zeit der Fortbildungsschule sowie die gesellschaftlichen Versicherungsbeiträge in Abzug kommen, einen Betrag in der verlangten Höhe entrichten sollen. Und doch ist es unbedingt notwendig, diese jungen Kräfte des graphischen Berufes der Organisation zuzuführen. Wir halten also einen Beitrag von insgesamt 20 Pf. für das richtige.

Dann noch einige Worte zu den Beiträgen, welche auf 5 Pf. auslaufen, wie sie vom Verbandsvorstand, Stettin, Magdeburg und Düsseldorf aufgestellt worden sind. Bei der letzten Änderung der Beiträge, die in Dresden beschlossen wurde, war ich und ganz besonders meine Kassierer, Kollegen aller Betriebe, heilfroh, daß die Zinsen endlich befreit war. Wie oft hat man es mir gekostet, daß fast nur auf Grund dieses Fünftels die Beitragsstärkung unmöglich gemacht wurde, da fast regelmäßig der Fünftel wieder herausgegeben werden müßte. Wenn man diese notwendige Arbeit in den großen Betrieben, die größtenteils den Vorbelegten ein Dorn im Auge ist, einer besonderen Betrachtung

unterzieht, so ist auch hier die angeführte Erleichterung unbedingt geboten.

Was die Eintrittsgelder anbetrifft, so schlägt Leipzig 10, 30 und 50 Pf. vor, und zwar für jede Arbeitsgruppe; Gau IX und Dresden hat nur zwei verschiedene Sätze, Stettin nur einen einheitlichen von 50 Pf. Ein großer Teil der Zahlstellen erachtet die Gleichstellung mit den Beiträgen für notwendig. Ich glaube, die Festlegung von Dresden hat sich wohl als angängig erwiesen und die Delegierten werden es dabei belassen. Selbst der Verbandsvorstand war sich nicht schlüssig und hat es der Tagung überlassen.

Wie zu ersehen ist, beantragen Berlin, Dortmund, Dresden die Streichung des Absatz 3 von § 4, der von den Beiträgen der teilweisen Invaliden spricht, ebenso Absatz 4, der von den Mitgliedern handelt, welche bei einem Streit noch nicht 26 Wochen der Organisation angehören, und Weiterleistung des Beitrages verlangt. Die Gründe hierzu wären jedenfalls aus Erfahrungen, die sie dabei gemacht haben, wohl eine weiteren Beprobung für die Mitgliedschaft nicht ohne Interesse. Daß die Zahlstelle Nürnberg die Marken für vorläufig abgemeldete Mitglieder auf 20 Pf. erhöhen will, halte ich für falsch; Verbandsvorstand, Dresden, Leipzig, Stettin haben wohl das Richtige mit 10 Pf. getroffen. Eine besondere Beachtung verdienen auch die Anträge Dresden und Leipzig, die für den § 4 völlig neu und aus Erfahrungen aufgebaut sind, die sie im Laufe der vier Jahre gesammelt haben. Wenn auch der Passus, daß jedes Mitglied zur Zahlung seines Beitrages am Lohnzahlungstage verpflichtet ist, allgemeine Zustimmung finden wird, so wird doch der weitere, der davon spricht, daß Mitglieder keinen Anspruch auf Unterstützung haben, die einen Beitrag zahlen, der ihrem Lohne nicht entspricht, wohl noch umstritten werden. Außerdem wird noch die Festlegung des Beitrages bei nicht vollem Wochenlohn erwünscht, was wohl allgemein als richtig anerkannt werden wird. Ueber die Unterstützungslage bei Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie sonstigen Vorfällen hoffe ich mich noch in einem weiteren Aufsatz den Mitgliedern gegenüber aussprechen zu können, zugleich mit dem Wunsche, Nachfolger hierbei zu finden. K. Wolten, Leipzig.

Im Banne des Goldes.

Als die deutsche Mark nach jenem entsetzlichen Lebensweg wieder auf die Bahn der Gesundung gebracht werden sollte, konnte dies nur in Ablehnung an einer abtrotzlichen und festen Währung geschehen. Dies konnte nach Lage der Dinge nur diejenige Nordamerikas sein. Und so wurde denn die Mark auf der Grundlage von 4,20 Mt. für einen Dollar festgelegt und seitdem auf diesem Stande gehalten.

Hier ergab sich nicht nur eine Formfrage von vorübergehender Bedeutung. Mit der Ueberernennung in der Währung erfolgte vielmehr eine enge Verbindung zwischen der amerikanischen und der deutschen Wirtschaft, deren Ausmaß und Entwicklung noch nicht zu ersehen ist. In klaren Worten kommt diese Tatsache in dem Geschäftsbericht der Deutschen Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M., zum Ausdruck: „Die deutsche Wirtschaft hängt infolge der Veroppelung der deutschen Währung mit der Währung der Vereinigten Staaten viel stärker mit der amerikanischen Wirtschaft zusammen, als dies gemeinhin angenommen wird. Es ist keine Frage, daß die deutsche Wirtschaft mehr oder weniger zwangsläufig, wenn auch vielleicht erst in einem gewissen Zeitabschnitt folgend, die Veränderung des Preisniveaus in den Vereinigten Staaten mitmachen muß. Mit anderen Worten: Aufschwung und Abstieg des deutschen Wirtschaftslebens werden ausschlaggebend von der Konjunktur-entwicklung in den Vereinigten Staaten beeinflusst.“ Wenn dem nun so ist, und es fehlt uns jeder Grund dies zu bestreiten, dann haben wir alle Ursache, jene Wechselwirkungen der Weltwirtschaft zu beobachten, die letzten Endes auch das Wohl und Wehe des deutschen Arbeiters, Angestellten und Beamten bestimmen. Aus diesem Grunde gewinnt die Festhaltung der Währung in den einzelnen Ländern an Bedeutung.

Das Geldwesen der Welt ist einigermaßen stabilisiert, Staaten mit stark weicher Währung dürfte es kaum mehr geben, weil nach den Erfahrungen der Inflation einfach jede Geschäftsmöglichkeit damit unterbunden sein würde. Die wichtigsten Handels- und Industriestaaten kehren wieder zur Goldwährung zurück. Da ist es von Interesse, die Entwicklung der Goldvorräte in den einzelnen Staaten der letzten zehn Jahre zu verfolgen, fand doch in dieser Zeit jene Umwälzung der Weltvermögen statt. Auf beigefügtem Schaubild ist die Verschlebung des Goldes und dessen Anhäufung in einigen Staaten zu ersehen. Da fällt vor allem Nordamerika auf, wo das Gold der übrigen Welt zusammenfließt, um dort in den Sammelbecken der Federal Reserve-Banken und der Privatbanken aufgespeichert zu werden. Doch wie auf dem Schaubild zu ersehen, konnten

auch andere Staaten ihren Goldbestand wesentlich vermindern, wobei vor allem Japan und die neutralen Länder zu nennen sind. Der Goldbestand Deutschlands, Rußlands, Italiens und Belgiens erfuhr mehr oder weniger eine Verminderung. Als Ganzes ist aber festzustellen, daß die Vereinigten Staaten Nordamerikas heute rund 57 Prozent der Weltgoldvorräte und die übrigen Länder nur 43 Prozent derselben beherrschen, während dies vor 12 Jahren noch gerade umgekehrt der Fall war. Das Uebergewicht der Vereinigten Staaten gegenüber der übrigen Welt dürfte aber aus diesen Ziffern klar hervorgehen. Bezüglich der deutschen Reichsbank ist zu bemerken, daß sich deren Goldbestand seit dem vorigen Jahre nicht unmerklich gehoben hat. Derselbe beträgt jetzt (Mitte Mai) 1015 Mill. Mk., dazu treten noch deckungsfähige Devisen in Höhe von 338 Millionen Mk. und „Sonstige Devisen“ von 385 Mill. Mk., das prozentuale Deckungsverhältnis des deutschen Geldes beträgt gegenwärtig 39 Prozent.

Über die Zukunft der Geldwährung selbst herrschen in der Wissenschaft verschiedene Ansichten. Ein Teil der Wirtschaftspolitiker, darunter der englische Währungstheoretiker Keynes vertreten die Meinung, daß man des Goldes als Grundstoff der Währung entbehren könne. Dafür könne man eine sogenannte „manipulierte“ Währung einführen, deren Fall in der Begrenzung der auszugehenden Noten liegt. Nennlich wie es die deutsche Reichsbank mit der Restriktionspolitik versucht, könne ein stabiler Wertstand für alle Währungen gehalten werden. Diese Meinung ist nirgends durchgedrungen und die feste Goldwährung ist in allen maßgebenden Ländern zum herrschenden System erhoben worden. Eine volle Goldwährung mit völliger Beweglichkeit für das Gold besteht gegenwärtig nur in den Vereinigten Staaten und in Schweden. Nahe heran an diesem Zustand sind Länder wie England, Holland, Japan und die Schweiz. In vielen Ländern besteht die sogenannte Goldfernprägung, wo das Gold oder Golddevisen nur zu ausländischen Zahlungen und damit zur Regulierung der Wechselkurse verwandt wird. Im innern Geldumlauf gibt es noch keine Goldmünzen, sondern Gold wird nur in Barrenform oder in ausländischer Münze ausgegeben, an deren Stelle meistens Golddevisen treten. Diesem Zustand nähert sich Deutschland, ferner die Tschechoslowakei, Italien und andere Länder.

Die ganze Währungsfrage ist für die Arbeiterklasse von allergrößter Bedeutung. Sofern die kapitalistische Produktion einer gesunden Basis in der Währungsfrage entbehrt, ist die Arbeiterklasse, worunter natürlich auch die Angestellten und Beamten zu rechnen sind, der leidtragende Teil. Inwieweit dies der Fall war, konnten wir in der Inflation erleben. Die Warenbilanz und die Goldbilanz stehen in reger Wechselwirkung, erstere ist der Grundstock des Wohlergehens der arbeitenden Volksmassen. Deshalb begrüßen wir eine Währungspolitik, die sich gegenüber allen Widerständen, wie sie die Reichsbank anlässlich ihrer starken Restriktionspolitik erleben mußte, durchzusetzen weiß. Die überlegten Presse im Frühjahr vorigen Jahres sind nicht zuletzt durch die Betragnung der Kredite seitens der Reichsbank zum Zurückgehen gekommen. Allerdings muß bei alledem darauf Bedacht genommen werden, daß die Schultern der breiten Massen allein die Lasten eines Währungswechsels nicht zu tragen haben.

Die enge Verbindung der deutschen mit der amerikanischen Währung trat deutlich in Erscheinung, als die Diskont-rate der Vereinigten Staaten im April 1925 von 3½ auf 4 Prozent erhöht wurde, und die Bank von England diesem Schlag mit einer Erhöhung des Diskontsatzes von 4 auf 5 Prozent begegnete. Der Zufluß der ausländischen Kredite hörte mit einem Schlage auf. Wenn man also den Zustand einer engen Verbundenheit mit dem reichen Amerika in der Währungsfrage feststellen muß, so müßte für Schutzmittel gesorgt werden, sollte drüben einmal eine Krise ausbrechen, die nicht realen Grundlagen, sondern Börsenmanövern und ähnlichem entspringen sollte. Die deutsche Arbeiterklasse hat keine Lust als Operationsbasis börsentümlicher Spekulation der Goldmillionäre Ostel Sams zu dienen. Doch bei alledem noch eins: wenn Krise und Hochkonjunktur in Deutschland und Amerika in Wechselwirkung stehen sollen, dann ist es an der Zeit, auch einmal die Frage genau zu unteruchen, warum der amerikanische Arbeiter das Mehrfache seines

deutschen Kollegen verdienen soll. Ein Grund für eine so große Lohnspanne dürfte wohl kaum gefunden werden. Es sind zahlreiche Gründe der Entwicklung der internationalen Währungsfrage im Auge zu behalten.

der einzelnen Berufe und Berufsgruppen im Rahmen der Gesamtwoirtschaft ist und dergleichen mehr.

Immer stärker wurden deshalb die amtlichen statistischen Stellen — gerade aus Kreisen der Berufsorganisationen, Gewerkschaften usw. — gedrängt, einwandfreie und umfassende Zahlenunterlagen zur Verfügung zu stellen, um den vielfachen Erfordernissen der Praxis, sei es auf wirtschaftspolitischen oder auf sozialpolitischen Gebiet, Rechnung zu tragen. Die amtliche Statistik hat sich diesen Anregungen nicht verschlossen; aber zunächst hinderte der Krieg, dann die Demobilisation, dann die Inflation und die Ruhrbesetzung, die in ihren Auswirkungen ein vollkommen falsches Bild des Wirtschaftslebens und der beruflichen Gliederung des Volkes hatte entstehen lassen. Nachdem durch die Marktstabilisierung die wirtschaftlichen Verhältnisse sich wieder einigermaßen konsolidiert haben, scheint die Zeit für die erste große volkswirtschaftliche Inventuraufnahme der Nachkriegszeit gekommen zu sein.

Durch das Reichsgesetz vom 13. März 1925 ist eine allgemeine Volkszählung in Verbindung mit einer Berufszählung, einer landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebszählung für das ganze Deutsche Reich (ohne Saargebiet) angeordnet. Das großangelegte vierfache Zählungswerk soll am 16. Juni 1925 zur Durchführung gelangen.

Der Erhebungs- und Bearbeitungsplan zu dem Zählungswerk ist in eingehenden jahrelangen Verhandlungen zustande gekommen, die das Statistische Reichsanwesenheit nur mit den zuständigen Statistischen Landesstellen und sonstigen Behörden, sondern in ausgiebiger Weise auch mit den Berufsorganisationen, mit den Gewerkschaften und den Vertretern der verschiedenen Zweige des Wirtschaftslebens führte. Wenn dabei selbstverständlich auch nicht alle Wünsche berücksichtigt werden konnten, so ist doch im ganzen ein Erhebungs- und Bearbeitungsprogramm zustande gekommen, das auch nach Ansicht der beteiligten Berufs- und Wirtschaftsvertreter den wesentlichen Erfordernissen einer allgemeinen Volkswirtschafts-inventur, soweit ihnen überhaupt durch eine allgemeine Massenerhebung Rechnung getragen werden kann, durchaus gerecht wird und das geeignet erscheint, die lang entbehrten und namentlich bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Verhandlungen der letzten Jahre sehr vermischten grundlegenden Zahlenangaben über die Struktur unserer Volkswirtschaft und ihrer Veränderungen gegen früher in absehbarer Zeit bereitzustellen.

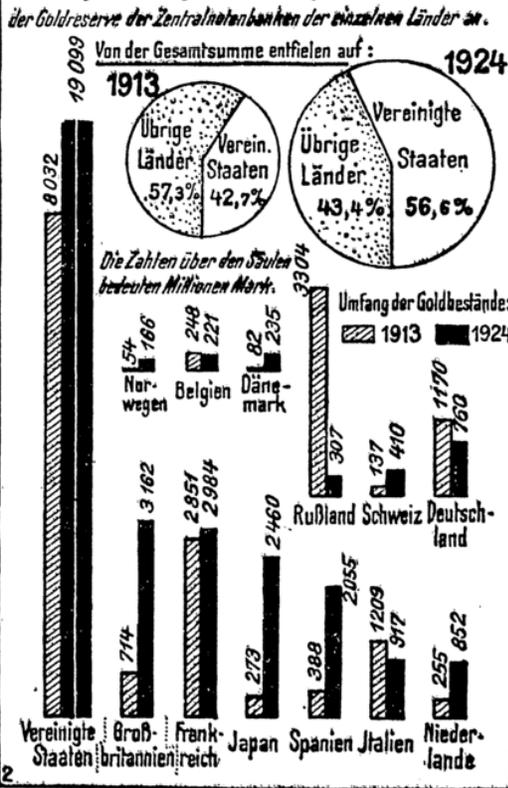
Unbedingte Voraussetzungen für das Gelingen des Zählungswertes ist jedoch die sorgsame und gewissenhafte Beantwortung der bei der Zählung verwendeten Fragebogen. Wer die Fragebogen sorgfältig beantwortet, erfüllt nicht nur eine selbstverständliche staatsbürgerliche Pflicht, sondern handelt auch in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse und im Interesse des Berufsstandes, dem er angehört.

Es ist selbstverständlich, daß die Zählungsbogen nur für statistische Zusammenstellungen (unter Zusammenfassung aller gleichartigen Berufe und Betriebe) über Umfang und Bedeutung der einzelnen Zweige des Erwerbs- und Wirtschaftslebens verwendet werden. Eine Verwendung für andere Zwecke, etwa für Steuerzwecke oder dergleichen, kommt in keiner Weise in Betracht. Dies ist übrigens auch durch das Gesetz unter feierlicher Zusicherung der Wahrung des Amtsgeheimnisses für die Angaben des einzelnen Haushaltsvorstandes oder Betriebes ausdrücklich festgelegt. Das Zählungswerk zerfällt, wie bereits angedeutet, in eine Volks- und Berufszählung, eine landwirtschaftliche und eine gewerbliche Betriebszählung.

Während die Volks- und Berufszählung über die Bevölkerungsverhältnisse, wie z. B. Bevölkerungszahl, Altersgliederung, Berufe, soziale Stellung, Art des Betriebes, in welchem der Beruf ausgeübt wird und dergleichen Aufklärung schaffen soll, ist die landwirtschaftliche und die ge-

Die Weltgoldvorräte 1913 und 1924.

Erläuterung: Die Säulen geben den Umfang des Goldbestandes bzw. über Goldreserve der Zentralnotenbanken der einzelnen Länder an.



Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925.

Mit besonderer Berücksichtigung der Berufszählung.

Mehr als 18 Jahre sind vergangen, seitdem die letzte große Inventuraufnahme der deutschen Volkswirtschaft (die Berufs- und Betriebszählung 1907) stattgefunden hat, 18 inhaltsschwere Jahre für das Deutsche Volk wie für die gesamte deutsche Wirtschaft. Hatten schon die letzten Jahre vor dem Kriege gewaltige wirtschaftliche Veränderungen verursacht, so hat der Weltkrieg erst recht einschneidende Umwälzungen hervorgerufen. Wollen wir heute diese Veränderungen, die seit 1907 im Erwerbsleben, insbesondere der beruflichen und sozialen Eichtung des Deutschen Volkes vor sich gegangen sind, feststellen, so tapen wir vollständig im Dunkeln. Niemand kann heute mit Sicherheit angeben, wieviel Erwerbstätige es im Deutschen Reich gibt, wie groß die Zahl der Angestellten oder der Arbeiter ist, wie sie sich auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilen, welches die zahlenmäßige Besetzung und die gegenseitige Bedeutung

Beispiel Du nimmst Beirteilungen gibt, für deren gute Ausbildung Du doch gewissermaßen verantwortlich bist. Wenn Dir auch wirklich nichts passieren wird — daß Du nicht dagegen gefeit bist, zeigt ja Emils schwerer Unfall — bist Du denn sicher, daß auch Deine Beirteilungen, die Dir in allem nachstreben werden, bei einem solchen leichtsinnigen Beginnen nicht verunglücken?

B. Ach, die dürfen das nicht!
A. Wie kannst Du ihnen etwas verbieten, was Du selbst tust, Du, der Du sie in allem anerkenne und in allem als Vorbild dienen sollst?

B. Du hast recht!
A. Also drückte keine Spieße während des Ganges der Maschine herunter; denn 1. bist Du bei diesem Beginnen nie gegen einen Unfall gefeit.

2. gibst Du Deineten Kumpanen und den Dir anvertrauten Beirteilungen ein schlechtes Beispiel und

3. ist es in den Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft, die gegen Dich bei Uebertretung des Verbots eine hohe Geldstrafe beantragen wird, streng unterteilt. Da es meine Pflicht ist, hier in diesem Betriebe darauf zu achten, daß unfallfrei gearbeitet wird und die Vorschriften der Berufsgenossenschaft innegehalten werden, so muß ich Dich warnen. Es ist sogar meine Pflicht, Dich zur Anzeige zu bringen. Doch ich hoffe, daß die vernünftige Uebertretung Dich schon von selbst zur Einsicht bringt.

B. Ja, ich habe das Verbot meines Handlens eingesehen. Ich werde keine Spieße mehr im Gange niederdrücken. Ich möchte auch nicht zum Krüppel werden, wie dieser arme Emil.

Der Begriff „Arbeit“ bei Goethe.

Ein Kulturjubelium.

Goethe hatte seit je eine besondere Vorliebe für den praktisch schaffenden Menschen. Beim praktisch Schaffenden sah er das Produkt der Arbeit. Da trat ihm die Arbeit

Nützliche Gespräche über Unfallverhütung.

A. Hast Du schon gehört? Emil in der Druckerei nebenan ist gestern verunglückt!

B. Ach der arme Kerl! Ist der Unfall schwer?

A. Der ganze rechte Arm ist bis über den Ellenbogen vollkommen zerquetscht und muß abgenommen werden.

B. O weh! Wie ist denn das gekommen?

A. Er hat an einer laufenden Schnellpresse mit dem Hammerstiel einen Spieß niederdrücken wollen, ist hängen geblieben und mit dem ganzen rechten Arm zwischen Form und Aufstragwalzen geraten. Er soll furchtbar geschrien haben, als er von den Walzen erfasst wurde. Das Mädel hat auch sofort die Maschine abgestellt, aber zu spät, der Arm hat schon bis über den Ellenbogen in der Maschine. Richard, der an der nebenstehenden Maschine arbeitet, ist sofort zugegriffen, hat die Walzenschöpfe gestift und Emil langsam wieder aus der Maschine herausgedreht. Der soll furchtbare Schmerzen ausgestanden haben, hat auch stark geblutet. Hermann, weißt Du, der Sanitäter da drüben, hat eilfertig einen Notverband angelegt und dann hat man den Verunglückten ohnmächtig mit dem Camilliauto in das Krankenhaus geschafft. Der Arm soll aber verloren sein.

B. Ja, so, das Spießeiniederdrücken ist doch eine gefährliche Sache. Es muß verstanden sein!

A. Wie, Du bist wohl auch noch einer von den Wagehaffigen, die auf solch leichtsinnige Weise ihre Gesundheit aufs Spiel setzen?

B. Ach, mir passiert nichts. Ich habe das raus.
A. Genau so hat der Emil auch gesagt. Ich habe mich manchmal über diese Frage mit ihm gestritten. Er wohnt nämlich in derselben Straße wie ich und wir gingen oft zusammen nach Hause. Du kennst doch den Emil auch ganz genau. Du hast doch zusammen mit ihm gelernt. Ist er nicht ein äußerst geschickter Mensch?

B. Ja, er war von uns Lehrbuben feinerzeit der Freize und Ehrwuste.

A. Siehst Du, und trotzdem ist ihm der Unfall passiert. Er hat vielleicht schon hunderte Mal im Gange einen Spieß

niedergerückt oder einen Hutken entfernt, ohne daß ihm etwas passiert wäre. Dieses Mal gerade muß ihm das furchtbare Unglück zustößen. Er wird auf dem Fußboden ausgeglitten sein oder es hat ihn gerade im Augenblick seiner gefährlichen Handtierung jemand durch Anruf abgelenkt. Es ist doch wahrlich nicht nötig, seine Gesundheit so aufs Spiel zu setzen. Und wenn Du Deine Form fest und richtig schließt und auch sachgemäß zurücksteht, wie Du es gelernt hast, wirst Du auch selten einen Spieß haben.

B. Ja, sage das nicht. Bei einer Druckform mit vielen Klischees tanzt Du manchmal in Wut geraten, wenn das Spieße nicht aufhören will.

A. Schon recht! Ich hatte auch der Walze auch mal eine alte Maschine, die gar nicht so leicht gebaut ausah, die aber ständig bei jeder Form, vor allem natürlich bei den schwersten, zu Spieße neigte. Das war eine große Plage. In einer anderen Bude wieder hatte ich einen Segler, der oft nicht gut auslief und dadurch dafür sorgte, daß ich von morgens bis abends nicht ruh wurde. Selbstverständlich war auch oft eine kleine Nachlässigkeit beim Zurückziehen die Ursache von Spieße. Wie dem auch sei, nie soll man sich dadurch verführen lassen, während des Ganges die Form zu berühren. Erst die Maschine still stehen! Wenn Du auch das Spießeiniederdrücken während des Ganges stets ohne Schaden fertig drückst, so ist doch klar, daß Du bei diesem Verfahren leicht Siege und Regatten breit drückst und damit natürlich bei solchen Material ständig auch in Zukunft die lästigen Spieße verurachst. Es wird auch jeder Vorgesetzte einsehen müssen, daß es nicht nur ein Gebot der Vorsicht, sondern auch ein Gebot der Sparamkeit ist, Spieße nur beim Stillstand zu bestelligen. Du hast doch sicher auch schon gehört, daß durch Fallenlassen des Hammers beim Spieße niederdrücken schon recht schwere Maschinensetzer entstanden sind.

B. Ja, allerdings. Ich habe früher auch schon einmal bei dieser Gelegenheit die ganzen Aufstragwalzen und die Walzenschöpfe verborgen.

A. Siehst Du, und trotzdem machst Du die Unfälle immer noch mit. Denke nur daran, was für ein schlechtes

berliche Betriebszählung berufen, die betrieblichen Verhältnisse näher zu beleuchten. Hierbei umfasst die landwirtschaftliche Betriebszählung diejenigen Teile des Erwerbslebens, die mit der Bodenbenutzung irgendeiner Zusammenhänge, möglicherweise die gewerbliche Betriebszählung beinhalten, über sämtliche übrigen Teile des Wirtschaftslebens Zahlenunterlagen zu liefern.

Die Unterlagen für die am 16. Juni 1925 stattfindende Berufszählung werden aus der sogenannten Haushaltszählung gewonnen, die gleichzeitig auch als Erhebungspapier für die Volkszählung dient. Die Durchführung beider Zählungen mittels eines gemeinsamen Fragebogens ist aus zähltechnischen Gründen erforderlich, weil ein Teil der Volkszählungsfragen (z. B. nach Geschlecht, Alter, Familienstand) gleichzeitig für die Berufs- und Betriebszählung benötigt wird und durch Zusammenfassung der Fragen in der Haushaltszählung eine doppelte Beantwortung erspart wird. Die Haushaltszählung umfasst 4 Seiten, von denen die erste und ein Teil der 4. Seite nähere Erläuterungen über die Ausfüllung der einzelnen Fragen gewährt ist. Die genaue Durchführung dieser Erläuterungen wird dringend empfohlen. Auf Seite 2 und 3 finden sich die eigentlichen Volks- und Berufszählungsfragen; auf Seite 4 sind noch besondere Fragen für Bodenbewirtschaftung und für Gewerbetreibende. Die Fragen für Bodenbewirtschaftung werden auch für Angestellte und Arbeiter von praktischer Bedeutung sein, da viele von ihnen nebenbei zur Erholung oder zum Erwerb noch eine Bodenfläche, wenn auch von sehr kleinem Umfang (Kleingärten, Schrebergärten) bewirtschaften.

Die Berufszählungsfragen beginnen mit der Frage nach dem (Haupt-) Beruf als solchem, um die Beschäftigung der einzelnen Berufe und die Zahl der Erwerbstätigen feststellen zu können. Daran schließt sich die Frage nach der Stellung im Beruf ob selbständig, Angestellter oder Arbeiter, um Aufschluss über die soziale Schichtung der Bevölkerung zu erhalten. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die genaue Beantwortung der Fragen nach dem Betrieb, in welchem der Beruf ausgeübt wird. Bei größeren Betrieben mit verschiedenen Abteilungen ist außer dem Betrieb auch die Betriebsabteilung, bzw. die Gewerbestadt dieser Betriebsabteilung, in der der Beruf ausgeübt wird, anzugeben. Die Berufsstatistik will nämlich nicht nur den von den einzelnen Personen angegebenen individuellen Beruf nachweisen, sondern auch darstellen, in welchem Wirtschaftszweig (Betrieb) die einzelnen tätig sind. Man will also z. B. nicht nur erfahren, wieviel Buchhalter oder Schloffer im Deutschen Reich vorhanden sind, sondern auch, wieviele davon in den einzelnen Zweigen der Eisen- und Metallindustrie, des Baugewerbes usw. beschäftigt sind. Nur auf diese Weise kann die volkswirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Berufe richtig dargestellt werden.

Ein Beispiel hat der Arbeiter im Vertriebsgewerbe anzugeben, ob er in einer Schriftgießerei, chemographischen Anstalt, Buch-, Stein-, Kupferdruckerei, einem photographischen Atelier usw. als Chemigraph, Galvanoplastiker, Holzschneider, Schriftgießer, Buchdrucker, Seher, Stereotypen, Lithograph, Steindruck, Zinn- und Kupferdrucker, Kupferstecher, Stahlstecher, Maschinenführer, Photograph usw., seine Tätigkeit ausübt. Die einfache Bezeichnung Hilfsarbeiter wird nicht genügen. Unsere Mitglieder müssen genau die Art ihrer Beschäftigung angeben, ob sie als Rotationsarbeiter, Anleger, Bogensängerin usw. beschäftigt sind. Immer ist der Name und die Art des Betriebes, in welchem der Arbeiter tätig ist, genau zu bezeichnen.

Die statistische Bearbeitung der Berufszählungsfragen gewährt in Verbindung mit den Fragen nach dem Geschlecht, Alter und Familienstand eine Reihe wertvoller Einblicke in unsere heutigen beruflichen und sozialen Verhältnisse. Sie gibt ein Bild von dem Umfang der Erwerbstätigkeit überhaupt, von der zahlenmäßigen Besetzung der einzelnen Berufe und ihrer Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige, sie zeigt, wie viel Männer und Frauen im Erwerbsleben stehen, wie viele Ehefrauen benötigt sind, eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit auszuüben, wie viele schulpflichtige Kinder schon ihr Brot verdienen müssen, welche

Altersgrenze der Ausübung eines Berufes gesetzt ist, sie zeigt dabei jedesmal, in welchem Beruf, in welcher sozialen Schicht und in welchen Gegenden des Deutschen Reiches diese Erscheinungen hervortreten und welche Schlussfolgerungen sich daraus für Wirtschaft- und Sozialpolitik ergeben.

Die Berufsstatistik betrachtet aber nicht nur das einzelne Individuum, sie schreitet weiter zu den Familien und Haushaltungen. Sie gliedert die Familienhaushaltungen zunächst nach dem Beruf des Haushaltungsvorstandes und zeigt uns dann, wie groß die einzelne Haushaltung ist, wie viele ihrer Mitglieder Selbstverwerber sind und wie viele vom Haushaltungsvorstand unterhalten werden, wieweil Kinder unter 14 Jahren vorhanden sind, welche Familien und welche sozialen Schichten sich Hausangestellte halten können und welche gezeugten sind, fremde Personen in ihren Haushalt als Mieter, Schlafgänger usw. aufnehmen.

Diese kurzen Ausführungen zeigen, wie wichtig es ist, daß jede einzelne Frage richtig beantwortet wird. Wenn die Ausfüllung der Haushaltszählung auch eine gewisse Mühe verursacht, so liegt eine genaue Beantwortung der gestellten Fragen doch im eigenen Interesse jeder einzelnen Angestellten- und Arbeiterkategorie. Wie notwendig die Gewinnung eines genauen Bildes insbesondere der Berufsverhältnisse ist, weiß jeder organisierte Angestellte und jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, der aus seiner Fachpraxis über die mannigfachen Zusammenhänge im Wirtschaftsleben orientiert ist, wohl selbst zu beurteilen. Ein einwandfreies Zahlenmaterial kann aber von den mit der statistischen Bearbeitung der Fragebogen beauftragten Stellen nur dann geliefert werden, wenn jeder einzelne Haushaltungsvorstand die ihm zugehenden Fragebogen sorgfältig ausfüllt.

Sitzung des Bundesauschusses.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 19. Mai zu einer Sitzung zusammen.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung bezüglich des Grubenunfalls von Dorffeld forderte der Bundesauschuss auf seiner Tagung am 19. Mai dringend die Reform des Grubenarbeitsgesetzes. Er schloß sich den Forderungen auf diesem Gebiete an, die der Verband der Bergarbeiter Deutschlands erhoben und den Regierungen und geltenden Körperschaften des Reiches und der Länder am 21. April 1925 unterbreitet hat, und erwartet, daß diese Forderungen baldigst erfüllt werden.

Der Bundesauschuss beschäftigte sich dann mit dem ersten Punkt der Tagesordnung, dem Kampf der dänischen Gewerkschaften.

Bisher hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dem dänischen Gewerkschaftsbund 400 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Der Kampf ist noch nicht zum Abschluß gekommen und macht weitere Hilfeleistung erforderlich. Der Bundesauschuss beschloß, daß sämtliche angeschlossenen Gewerkschaften möglichst 50 Pf. pro Mitglied aufbringen sollen. Die für Dänemark bestimmten Summen sollen über den Bundesvorstand geleitet werden, da es sich um einen Kampf der gesamten dänischen Gewerkschaften handelt.

Im zweiten Punkte behandelte der Bundesauschuss die Frage der Ruheentlohnungen. Nach eingehender Debatte faßte der Bundesauschuss den Grundgedanken der Forderung festzuhalten sei, daß die Inbetriebnahme aller ihnen ungeschuldeten Beträge wiedererhalten müssen. Den Arbeitnehmern sind während des Ruhrkampfes und durch seine Folgewirkungen im besetzten wie im unbesetzten Gebiet schwere Schäden erwachsen. Es wäre unerträglich und wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen, wenn angesichts der allgemeinen Schädigung der deutschen Wirtschaft, der Unternehmer wie der Arbeitnehmer, eine Gruppe, die Unternehmer der heimisch-wirtschaftlichen Industrie, in bevorzugter Weise behandelt würden.

Nach wie vor leidet das besetzte Gebiet in höherem Maße unter den Folgen der Stabilisierungskrise. Die Zahl der Erwerbslosen und insbesondere derjenigen, die bereits seit langer Zeit durch die Erwerbslosensfürsorge unterstützt werden mußten, ist im besetzten Gebiet sehr viel höher als im unbesetzten. Nachdem nunmehr durch Regierungsver-

ordnung den langfristigen Erwerbslosen die Erwerbslosensfürsorge entzogen werden soll, ist es unbedingt notwendig, daß eine entsprechende Umstrukturierung namentlich der allgemeinen Fürsorge übernommen wird. Da eine Reihe von Gemeinden aus eigenen Mitteln dieser Unterstützung nicht durchführen kann, müssen Landes- und Reichsmittel in genügendem Maße den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Außerdem muß in größerem Umfang dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen werden, daß die öffentlichen Betriebe das besetzte Gebiet bei der Ueberweisung von Arbeitsaufträgen bevorzugen. Daneben müssen öffentliche Hilfsarbeiten sehr viel mehr als bisher gefördert werden. Der Wohnungsbau im besetzten Gebiet muß in Anbetracht der durch die Ansprüche der Befassung erschweren Verhältnisse aus Reichsmitteln tatkräftiger als bisher gefördert werden, indem für alle von den Befassungsgeschäften beschlagnahmten Wohnungen vom Reich Ersatz geschaffen wird. Die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Tagesordnung für den Gewerkschaftskongress wurde einstimmig angenommen.

Gautag im Gau III.

In Heidelberg, der Perle Süddeutschlands mit seinem alten historischen Schloß und den bewaldeten Höhen am Neckarstrand, der Geburts- und letzten Ruhestätte unseres leider so früh verstorbenen Führers der Arbeiterbewegung und 1. Reichspräsidenten der Deutschen Republik, Friedrich Ebert, fand am 24. Mai unser Gautag statt. Zu Ehren dessen hatte die Heidelberger Kollegenchaft am Samstag Abend eine Abendunterhaltung veranstaltet, woran auch alle bisher eingeladenen Delegierten teilnahmen. Bei Wein, Musik- und humorvollen Diavolvorträgen sowie Tanz, verstrich nur allzu schnell die gemühtlichen Stunden — bald war Mitternacht erreicht und es hieß schiden von der gastlichen Säle, um anderntags mit frischen Kräften an die Arbeit zu gehen.

Am Sonntag, vormittag 10 Uhr, eröffnete Kollege Werner die Tagung und ging in kurzen Worten auf den Zweck derselben ein. Seine Rede, die hinter uns liegende Zeit rückwärts zu halten — sowie einen Ausblick in die Zukunft zu geben und vornehmlich Stellung zu dem in einigen Wochen stattfindenden Hamburger Verbandstag zu nehmen. Sodann begrüßte er Kollegen Bucher als Vertreter des Verbandes, den Kollegen Seiz vom Verband der Steindruck- und Lithographen, den Kollegen Rausch vom Ortsverein Heidelberg des Buchdrucker-Verbandes, einige Gäste aus Heidelberg und Ludwigshafen sowie die erschienenen Delegierten. Wegen anderweitiger Verpflichtungen hatten sich die Gauleitungen vom Buchdrucker- und Buchbinder-Verband Württembergs entschuldigen lassen. Später erschien noch der Kollege Conradi, Gauleiter des Buchdrucker-Verbandes, Bezirk Mittelrhein.

Kollege Bucher übermittelte dem Gautag die Grüße des Verbandesvorstandes. Die Kollegen Seiz und Rausch übermittelten die Grüße ihrer Organisationen und wünschten der Tagung einen guten Verlauf. Es waren aus 16 Zahlstellen 20 Delegierte erschienen (Baden-Dos und Ulm waren nicht vertreten). Zur Leitung des Gautages wurden bestimmt als Vorsitzende, Kollege Werner und Kollege Rausch, als Schriftführer die Kollegen Roserte-Stüttgen und Rieger-Karlsruhe.

Dem Punkt 1 der Tagesordnung: Tarifliche und organisatorische Situationsbericht, den Kollege Werner erstattete, ist folgendes zu entnehmen: Das Jahr 1924 war ein Jahr der Kämpfe und des Kampfes. Innerlich geschwächt durch die Anstalten des Jahres 1923 und die durch die Festigung der Währung heraufbeschworene Arbeitslosigkeit, drohten uns die Unternehmer im Buchdrucker-Verbande das Lebenslicht auszublasen. Hofften sie doch damit, daß die Mitglieder, die dem Verbande trotz schwerer Zeit und Entbehrungen treu geblieben waren, den Rücken kehren würden. Aber sie sollten sich gründlich verrechnen haben. Trotz der schweren Opfer kehrte in den meisten Mitgliedern unseres Verbandes durch das bräusete Vorgehen der Unternehmer die Vernunft wieder zurück. Sie hatten erkannt, daß es nur einer einigen und geschlossenen Arbeiterkategorie möglich ist, dem Unternehmertum mit Erfolg

greifbar entgegen. Darum hing er während seines ganzen Lebens mit Begehrung am schaffenden Worte. Die schaffende Faust war ihm Leben und Welt.

Auch der Bauer war Schaffender, aber seine Arbeit war nur nützlich, nicht schöpferisch. Der Bauer schenkt uns der Natur Gebilde.

Auch der Geistige, wie Goethe selber einer war, bedeutete natürlich den Schaffenden. Aber seine Arbeit war Arbeit; die Grenzen seiner Arbeit waren schrankenlos; er erreichte sein Ziel nie, da es immer nur die Erkenntnis der Notwendigkeit neuer Ziele bedeutete. Darum dichtete Goethe schon 1807 im Vorpiel zur Eröffnung des Weimarschen Theaters:

Der du an dem Webstuhle sitzt,
Unterrichtet, mit bebenden Gliedern
Fäden durch die Fäden schlingst, alle
Durch den Lattstock aneinander drängst,
Du bist Schöpfer, daß die Gottheit lächeln
Deiner Arbeit muß und deinem Fleiß.

Damit mißachtete Goethe die andere Arbeit, wie die geistige, natürlich nicht. Er hätte sonst ja seine eigene Arbeit verachten müssen. Goethe achtete die Arbeit. Die Arbeit war ihm der Sinn und das Glück des Lebens. Und weil das Bindende, Dienende, Menschliche, Gemeinliche, das das Wesen der Arbeit ausmacht, weil das Lebendige, soziale Moment der Arbeit gerade in der praktischen Arbeit so deutlich zum Ausdruck kommt, darum immer wieder seine Freude am praktischen Schaffen. Da sah er das Leben als Tat. Da sah er das Menschliche als praktisches Ergebnis.

Diese seine Stellung zur Arbeit ersah dann aber — es werden jetzt 100 Jahre her sein — eine grundsätzliche Reueinstellung. Die Arbeit war ihm nicht nur Freude; sie wurde ihm Aufgabe. Aus der Gegenwart riß er die Arbeit heraus und machte sie, in ihrem innerlichen Wesen revolutioniert, zum großen Ziele einer neuen Menschheit.

Zu Beginn der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatten die sozialistischen Utopisten ihre Lehren ver-

tündet und unter ihnen der Franzose St. Simon, der am 22. Mai 1825 gestorben ist. Diese neuen Ideen bewegten damals die Welt, weniger die praktisch arbeitende Welt als die geistige. Die Utopisten glaubten an die gute Gewinnung des Menschlichen. Sie konnten noch nicht das Gegeneinander der Interessen, aus dem die Geschichte besteht. Sie dachten, die Ueberzeugung von der Nichtigkeit einer neuen Arbeitswelt würde sofort auch ihre Durchführung bringen, und da die Umgestaltung der Gesellschaft aus dieser Ideologie heraus von den Reichen und Mächtigen und Wissenden und ihrem guten Willen abhing, so wandten sich die sozialistischen Utopisten wie St. Simon besonders an diese.

Den Erfolg hatten die Utopisten, daß sich die Aufmerksamkeit der gebildeten Welt auch auf die neuen Lehren lenkte. Ohne praktischen Erfolg, denn die, die die Macht hatten, hüteten ihre Macht. Nur aus dem schaffenden Volke heraus, das wissen wir ja heute, kann eine neue gesellschaftliche Gestaltung werden. Aber theoretisch beschäftigte sich die gebildete Welt mit den Ideen, und zu den geistigen Köpfen, die gerade von St. Simon besonders bewegt wurden, gehörte nach seinem eigenen Ausspruch Goethe. Durch St. Simons Ideen erhielt Goethes Anschauung von der Arbeit einen revolutionären Charakter. Die Arbeit war das große Treibende der Welt, doch war die Arbeit in der Gegenwart noch unwürdig der ganzen Größe ihres innerlichen Wesens, der ganzen Größe ihrer Aufgabe. Gestaltung des wirtschaftlichen Daseins, daß Arbeit ihren ganzen, freien, stillen Sinn erfüllen kann, das war die große Erkenntnis, die Goethe aus dem sozialistischen Erleben jener Jahre betam.

Und das Jahr 1825, in dem St. Simon starb, brachte diese Revolutionierung des Begriffs Arbeit bei Goethe auch nach außen zum Ausdruck. Wilhelm Meisters Wanderjahre hatte Goethe 1821 vollendet, doch ohne das sozialpolitische Element der heutigen endgültigen Fassung. Die vier Jahre sozialistischen Erlebens nach 1821 ließen Goethe 1825 das Werk wiederaufnehmen, um es grundsätzlich neu zu verarbeiten und so machen zum hohen Wert von der Arbeit. Das Jahr 1825 ist damit von einschneidender

Bedeutung im Leben des Dichters. Jetzt legt seine großartige revolutionäre Auffassung vom Begriffe der Arbeit ein, seine geistige Auffassung im allergrößten Sinne, wie sie dann auch im Zustand des „Faust“ zum Ausdruck kam, der nach jenem historischen Jahre 1825 geschaffen wurde.

Das „Band“ ist das Ziel der Menschheit. Die freie Menschheit durch freie Arbeit geeint. Arbeit soll werden zur sittlichen Tat und zur sittlichen Freude. Arbeit nur des Gewinns wegen, wie Arbeit nur der Eitelkeit wegen ist nicht sittliche Arbeit, ist nicht wahre Arbeit, Arbeit soll Liebe sein. Und darum eine neue soziale Gestaltung des Wirtschaftslebens, daß Arbeit als heiliger Menschheitsdienst möglich ist.

Mit prophetischem Blick erkannte Goethe das kommende Hinauswachen in den Industriezeit aus dem Agrarzeitalter heraus. Mit prophetischem Blick erkannte er die damit zusammenhängende Proletarisierung der Massen. Und mit prophetischem Blick erkannte er das kommende Zerreißen in Klassen, wie die Welt es noch nicht gesehen, und das kommende Bewußtsein bei den arbeitenden Massen von ihrer Bedeutung in der Welt und von der Macht ihres organisierten Zusammenstehens. Ein neuer Goethe wurde aus dem sozialistischen Erlebnis jener Jahre heraus und 1825 offenbarte sich dieser neue Goethe zum ersten Male im großen künstlerischen Werte. Ein Kulturjudäum eigener Art konnte wir darum in dem Jahre feiern, in dem zugleich zum 100. Male der Todestag St. Simons wiederkehrte.

Wenn der Spieler auch weiter beschlaglich naiv und nicht wissen wollend im Goethe blüht, als wenn er für die Langeweile des Bürgers geschaffen hätte: Lassalle hat recht, wenn er sagte, die Klassiker hätten eine revolutionäre Tendenz und der brave Bürger würde sie verbrennen, wenn er sie kennen würde. Wie die Wanderjahre, so ist auch sein Ewigkeitswort, der „Faust“, ein Kulturgut von zehrender Feuerkraft, dessen Zukunft noch tommen! Goethe ist der revolutionäre Goethe. Goethe ist unser Goethe.

Dr. Gustav Hoffmann

